

Germany

London, 27th August, 1982

SUBJECT

Botschaft  
der Bundesrepublik Deutschland  
Embassy  
of the Federal Republic of Germany  
J. von Alten  
Minister Plenipotentiary

PRIME MINISTER'S  
PERSONAL MESSAGE  
SERIAL No. T161/82.

see master set } see  
or } 19/8/82

Dear Mr. Whitmore,

With reference to the letter of Ambassador Ruhfus to the Prime Minister of 19th August, 1982, I have the pleasure in forwarding to you the original letter of Chancellor Helmut Schmidt to Prime Minister Margaret Thatcher.

Yours sincerely,

Jürgen Alten

Mr. Clive Whitmore  
Principal Private Secretary  
to Prime Minister  
Prime Minister's Office  
10 Downing Street  
London SW1

ROME - KLINGHART - DEH ROM



BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
DER BUNDESKANZLER

Bonn, den 15 August 1982

Dear Margaret,

ich möchte Sie aus meinem Urlaub nach der telefonischen Vorabunterrichtung über unsere Büros mit diesem Brief gerne ausführlich über meine Gespräche bei meiner jüngsten Amerika-Reise unterrichten.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung waren - mit Ausnahme von Shultz - alle Gesprächspartner, insbesondere die amerikanischen Geschäftsleute, sehr skeptisch. Dies gilt sowohl für die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft in den nächsten Monaten, als vor allem auch hinsichtlich einer wirksamen Absenkung des Zinsniveaus. Milton Friedman rechnet mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in etwa 18 Monaten, erwartet aber keine Senkung der langfristigen Zinsen. Er gab den Rat, die Europäer sollten versuchen, ihre Zinsen von den amerikanischen Zinsen abzukoppeln.

Ihrer Exzellenz  
Frau Margaret Thatcher, MP  
Ministerpräsident des Vereinigten  
Königreichs Großbritannien und  
Nordirland  
London



Meine Skepsis wegen des Winters 1982/83 und der ersten beiden Quartale 1983 ist durch diese Gespräche nicht kleiner geworden. Ich habe gegenüber allen Gesprächspartnern die negative Führungsrolle der amerikanischen Defizit- und Hochzinspolitik betont.

Bei der Erörterung der West-Ost-Beziehungen hat Shultz die bekannte doppelgleisige West-Ost-Politik artikuliert: Der Westen brauche eine starke Verteidigung sowie die Bereitschaft, ein konstruktives Verhältnis mit der Sowjetunion zu entwickeln.

Ich habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Ost-West-Kontakte aufrecht zu erhalten, und mich nachdrücklich für eine persönliche Begegnung zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Breschnjew eingesetzt. Ich habe Shultz geraten, dieses Treffen nicht von vornherein mit der Erwartung auf konkrete Ergebnisse zu belasten, sondern die Gelegenheit zur Aussprache der Führer der beiden Weltmächte in den Mittelpunkt zu stellen.

Ich habe Shultz davon unterrichtet, daß meine Regierung ihre Kontakte mit der sowjetischen Führung aufrecht erhalten werde.

Ich habe Shultz ferner gesagt, daß nach meiner Einschätzung die INF-Verhandlungen in Genf gegenwärtig das zentrale Stück der West-Ost-Beziehungen sind; wenn diese Verhandlungen ohne Ergebnis blieben, dann seien auch START und andere West-Ost-Verhandlungen über Abrüstungsfragen aussichtslos. Dabei habe ich George Shultz im Hinblick auf den für Ende 1983 vereinbarten Beginn der Stationierung nachdrücklich auf das Zeitelement bei den Genfer Verhandlungen hingewiesen.



Zu Polen sagte Shultz, daß die USA nicht die Absicht hätten, den default der polnischen Schulden zu erklären. Er erwähnte, daß auch die amerikanischen Banken daran kein Interesse hätten. Er wies mich auf die große amerikanische Zurückhaltung im Hinblick auf eine Umschuldung für Polen hin. Ich habe ihm gesagt, daß der Westen zu irgend einem Zeitpunkt die Anreize für eine Normalisierung der Lage in Polen präzisieren sollte.

Ich habe ausführlich das westliche Interesse am KSZE-Prozeß erläutert. Dabei habe ich die damit verbundene Anerkennung der politischen Präsenz der USA und Kanadas hervorgehoben sowie die Bedeutung Vertrauensbildender Maßnahmen, die sich auf ganz Europa erstrecken. Deshalb sei es für uns besonders wichtig, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid in ein Mandat für eine Abrüstungskonferenz in Europa einmündet, das ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural umfaßt.

Die jüngsten amerikanischen Rückzieher innerhalb der ECE habe ich kritisch vermerkt und die Bedeutung der West-Ost-Zusammenarbeit gerade im Energiebereich unterstrichen.

Shultz hat mir hierzu inzwischen geschrieben, daß sich die Vereinigten Staaten keineswegs insgesamt aus der ECE zurückgezogen hätten, sondern nur an bestimmten Treffen (West-Ost-Kooperation im Energiebereich) nicht teilnehmen wollten. Dies solle zeigen, daß die US-Administration nicht bereit sei, nach den Ereignissen in Polen business-as-usual zu betreiben, und treffe die Staaten des Warschauer Pakts empfindlich, da diese von der Zusammenarbeit im Energiebereich wesentlich mehr als der Westen profitiert hätten.



Ich habe mich nachdrücklich für Treffen vom Gymnich-Typ innerhalb der NATO eingesetzt.

Zum NATO-Doppelbeschluß habe ich auf die Notwendigkeit einer Synchronisation der Stationierung von Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland und der Cruise Missile in den anderen Stationierungsländern hingewiesen; die Bundesrepublik Deutschland darf in dieser wesentlichen Frage auch nicht zeitweilig singularisiert werden.

Zum West-Ost-Kräfteverhältnis habe ich mich gegen einen westlichen Inferioritätskomplex gewandt; dies könne den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses und die Moral der Streitkräfte nicht fördern. Shultz berichtete mir später, er habe dies Präsident Reagan vorgetragen, der sich davon sehr beeindruckt gezeigt habe.

Zur Frage der out-of-area-Verantwortlichkeiten der Bündnispartner habe ich betont, daß die Bundesrepublik nicht die Hauptdrehscheibe der rapid deployment force werden dürfte. Auch in dieser Frage dürfe keine Singularisierung des deutschen Bündnispartners stattfinden.

Zur Türkei sagte mir Shultz, daß man in Washington einen großen Schritt der türkischen Führung nach vorne zu beobachten glaube. Im Hinblick auf die Entwicklung der Menschenrechte ist meine eigene Einschätzung hierzu etwas weniger optimistisch. Ich habe Shultz über die indirekten Kontakte in Kenntnis gesetzt, die über mich selbst und Generalsekretär Luns zwischen Papandreou und der türkischen Führung stattgefunden haben. Nach Gesprächen mit Griechen und Türken halte ich es für denkbar, daß man

- das Zypern-Problem zu einem Problem der Vereinten Nationen und der beiden Völkergruppen auf der Insel erklären kann
- die Frage der Souveränität im Luft- und Seeraum der Ägäis für einige Jahre ruhen lassen kann,



wenn in der NATO eine Formel gefunden wird, die die ohnehin selbstverständliche Tatsache ausdrückt, daß das Bündnis der gemeinsamen Verteidigung gegen die sowjetische Bedrohung dient und eine Bedrohung von Bündnispartnern untereinander ausgeschlossen ist. Shultz bezeichnete diese Überlegungen als sehr interessant.

Zur Erweiterung des amerikanischen Embargos gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft hat von den rd. 12 führenden amerikanischen Wirtschaftsleuten, mit denen ich nacheinander gesprochen habe, keiner die Position der amerikanischen Administration unterstützt. Shultz hat sich auf diese Frage sehr vorsichtig eingelassen und die Argumentation benutzt, die er auch bei seiner Anhörung im Außenpolitischen Ausschuß des Senats verwandt hat. Auch Shultz hat sich, wie der Präsident, den Begriff des "Familienstreits" über diese Frage zu eigen gemacht. Er geht wohl davon aus, daß die Erdgasleitung gebaut wird, wenn auch mit einiger Verzögerung. Ich habe davor gewarnt, unter Berufung auf amerikanische Gesetze, die in Europa zur Anwendung kommen sollten, europäische Firmen vor amerikanische Gerichte zu ziehen.

Im Hinblick auf die europäisch-amerikanischen Handelsbeziehungen war Shultz bestürzt über die Äußerung von Olmer, daß die USA möglicherweise ihre Mitarbeit im GATT zur Disposition stellen könnten. Shultz ist zu einer großen Anstrengung entschlossen, um sicherzustellen, daß der Freihandel nicht zerstört wird.

Über Einzelheiten der europäisch-amerikanischen Stahlauseinandersetzung haben wir nicht gesprochen.



Zum Gesamtbereich der Handelsbeschränkungen stimmten Shultz und ich überein, daß hier großes Unheil droht, wenn nicht politisch eingegriffen wird.

Ich habe Shultz unsere Sicht der Dritten Welt und ihrer Probleme ausführlich vorgetragen. Dabei habe ich die Bedeutung echter Blockfreiheit unterstrichen und die besondere Rolle, die die Staaten der Dritten Welt in den Vereinten Nationen spielen. Ich habe Shultz darauf hingewiesen, daß die Europäer in verschiedenen Regionen der Dritten Welt besondere Einflußmöglichkeiten besitzen. Es sei keineswegs so, daß die USA in der Dritten Welt alles allein machen müßten oder sollten.

Zur Lage in Mittelamerika war Shultz davon überzeugt, daß große Waffenlieferungen der Sowjetunion nach Kuba und von dort nach Nicaragua und in weitere mittelamerikanische Staaten gingen. Er hält es zwar für richtig, daß man versucht, vernünftige Beziehungen mit Nicaragua aufrecht zu erhalten. Nicaragua übt nach seiner Auffassung aber einen sehr negativen Einfluß auf El Salvador und Guatemala aus. Die USA würden ihre Waffenlieferungen nach El Salvador fortsetzen. Er betonte, daß das 350 Millionen Dollar Karibik-Programm der USA ernst gemeint ist.

Shultz sprach von sich aus Namibia an. Die Kubaner müßten Angola verlassen. Wenn Nujoma und seine Streitkräfte in Namibia etabliert und die Südafrikaner abgezogen seien, werde Angola die Kubaner wegschicken.



Shultz vermittelte mir den Eindruck, daß er in der Nah- und Mittelostpolitik starken Einfluß nehmen wird. Er sprach mit großem Verständnis von den Rechten der Palästinenser und sagte, Israel müsse stärker beeinflußt werden. Er denke dabei aber nicht an unmittelbare Gespräche oder die Anerkennung der PLO, sein Ziel sei es, Jordanien und Saudi-Arabien in den Nahost-Prozeß einzu beziehen unter Erhaltung der Teilnahme Ägyptens. Ich habe diese Überlegung sehr unterstützt.

Wir waren uns einig, daß Somalia Hilfe benötigt um zu verhindern, daß es wieder unter sowjetischen Einfluß kommt und Shultz sagte mir, daß die USA zur Zeit Waffen schickten.

Ich traf in Kalifornien auch Ministerpräsident Lee Kuan Yew, der mir ein beeindruckendes Bild der Situation in Asien vermittelte. Lee meint, daß die ungleichen Verträge zwischen der Sowjetunion und China auch in Zukunft eine Annäherung zwischen Peking und Moskau verhindern werden. Er rechnet mit einer langsameren Entwicklung Chinas, das noch etwa 60 Jahre oder 3 Generationen brauchen werde, um den industriellen Standard zu erreichen, den Japan jetzt schon habe. Er habe aber keinerlei Zweifel, daß China letzten Endes ein solches Entwicklungsstadium erreichen werde.

Lee hat - in Anwesenheit von Shultz und Kissinger - unterstrichen, daß die amerikanische Regierung mehr darauf achten müsse, daß die chinesische Führung ihr Gesicht wahren könne, ohne daß dabei die Substanz amerikanischer Positionen beeinträchtigt zu werden brauche. Für Peking



bleiben sowjetische Präsenz und sowjetischer Einfluß in Vietnam und Kambodscha unannehmbar. Es werde sich weiter darum bemühen, daß in Indochina die früheren Staaten mit möglichst unabhängigen Regierungen wiederhergestellt werden.

Ich habe Premierminister Trudeau bei unserem Treffen in Ottawa von meinen Eindrücken aus Kalifornien berichtet. Im übrigen haben wir bei diesem Treffen im wesentlichen bilaterale Themen behandelt.

Mit freundlichen Grüßen

Yours truly,  
Richard Nixon



Translation

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY  
THE CHANCELLOR

Bonn, 15. August 1982

Dear Margaret,

While still on holiday, I should like to inform you in more detail about the talks I held during my recent trip to the United States, supplementing the information you have received via our offices.

With the exception of Secretary of State Shultz, all of those I talked with, particularly the American businessmen, were very sceptical with regard to economic developments. This applies to both the outlook for the American economy in the coming months and particularly to an effective reduction in the level of interest rates. Milton Friedman expects the economic situation to improve in about 18 months, but he does not foresee a reduction in long-term interest rates. He suggested that the Europeans should attempt to decouple their interest rates from those in the United States.

My scepticism regarding the coming winter and the first two quarters of 1983 was not lessened by these talks. In all of them I pointed out the negative lead given by the United States' deficit and high interest rate policy.

The Rt. Hon. Margaret Thatcher, M.P.  
Prime Minister of the United Kingdom of  
Great Britain and Northern Ireland  
London



In discussing East-West relations, Mr Shultz upheld the familiar two-track West-East policy, emphasizing that the West needs both a firm defence and the willingness to see a constructive relationship with the Soviet Union emerge.

I pointed out the necessity of maintaining East-West contacts, and emphatically supported the idea of a personal meeting between President Reagan and General Secretary Brezhnev. I advised Mr Shultz not to burden such a meeting from the outset by expecting concrete results, but to focus on the opportunity it affords for an exchange of views between the leaders of the two world powers.

I informed Mr Shultz that my Government would maintain its contacts with the Soviet leadership.

I also told him that, in my opinion, the INF negotiations in Geneva are currently central to West-East relations and that, if these negotiations did not achieve results, START and other West-East negotiations on disarmament would have no prospect of success either. In view of the commencement of deployment agreed upon for the end of 1983, I underlined the importance of the time factor in the Geneva negotiations.

Discussing the Polish situation, Mr Shultz said that the United States did not intend to declare Poland to be in default, and added that American banks also had no interest in seeing that done. He pointed out the great restraint shown by the United States regarding the re-scheduling of Poland's debts. I expressed the view that the West should at some time specify the incentives for a normalization of the situation in Poland.

I expounded in detail on the West's interest in the CSCE process. In that connection, I called particular attention to our appreciation of the political presence of the United States and Canada and to the significance of confidence-building measures covering the whole of Europe. I went



on to point out that it was thus particularly important for us for the CSCE follow-up meeting in Madrid to result in a mandate for a Conference on Disarmament in Europe that would include all of Europe, from the Atlantic to the Urals.

I expressed criticism of the most recent American backdowns within the ECE, and underscored the importance of West-East co-operation, particularly in the sphere of energy.

Since my visit I have received a letter from Mr Shultz saying that the United States had by no means withdrawn from the ECE as a whole, but merely wished to refrain from participating in certain meetings (West-East co-operation in the field of energy). This was intended to demonstrate that the US Administration was not willing to carry on "business as usual" after the events in Poland, and Mr Shultz voiced the opinion that this would profoundly affect the Warsaw Pact countries, since they had profited to a much greater extent than the West from co-operation on energy.

I expressed my strong support for Gymnich-type meetings within NATO.

Discussing the NATO two-track decision, I pointed out the necessity of synchronizing the stationing of Pershing II in the Federal Republic of Germany and that of Cruise Missiles in the other countries concerned; the Federal Republic of Germany should not be singled out, even on a temporary basis, in connection with this essential question.

As regards the power relationship between West and East, I spoke out against an inferiority complex on the part of the West since that would not further the cause of the unity of the Western Alliance nor the morale of its armed forces. Mr Shultz later informed me that he had passed this on to President Reagan, who was apparently quite impressed with this thought.



Regarding the question of the out-of-area responsibilities of the partners in the Alliance, I emphasized that the Federal Republic must not become the main base of the rapid deployment force. In this question, too, the German partner must not be singled out.

In our discussion of Turkey, Mr Shultz said that Washington believed the Turkish leadership was making considerable progress. Regarding developments in the field of human rights, my own assessment is somewhat less optimistic. I told Mr Shultz about the indirect contacts that have taken place through Secretary General Luns and myself between Papandreou and the Turkish leadership. Following talks with Greeks and Turks, I consider it conceivable that

- the Cyprus problem might be declared a problem of the United Nations and of the two national communities on the island, and
- the question of sovereignty in the Aegean air and sea space might be left unsettled for a few years,

if NATO can arrive at a formula expressing the - obvious - fact that the purpose of the Alliance is our joint defence against the Soviet threat, and that it excludes any threat by one partner in the Alliance against another. Mr Shultz described these thoughts as very interesting.

Of the roughly twelve American business leaders with whom I held talks, there was none who supported the position of the American Administration concerning the expansion of the American embargo against the natural gas pipeline deal. Mr Shultz' comments on this matter were very cautious; he repeated the arguments during the hearing before the Senate Foreign Relations Committee. Like the President, Mr Shultz used the term "family dispute" in discussing this issue. He apparently assumes that the gas pipeline will be built, albeit with some delay. I cautioned against calling European companies before American courts, by extending the scope of American legislation to Europe.



With regard to European-American trade relations, Mr Shultz voiced dismay over Mr Olmer's comment that the United States might call its participation in GATT into question. Mr Shultz is determined to make every effort to ensure that free trade is not irreparably damaged.

We did not discuss details of the European-American steel dispute.

Discussing the overall complex of trade restrictions, Mr Shultz and I were agreed that disaster was imminent if no political action was taken.

I presented to Mr Shultz in detail our view of the Third World and its problems, underscoring the importance of true non-alignment and the special role played by the countries of the Third World within the United Nations. I pointed out that the Europeans had special opportunities of exerting influence in various regions of the Third World, and that the United States was by no means forced or expected to bear the whole burden of action in that part of the world.

Concerning the situation in Central America, Mr Shultz was convinced that large weapons shipments from the Soviet Union were being sent to Cuba and from there to Nicaragua and other Central American countries. While he considers it proper to attempt to maintain reasonably good relations with Nicaragua, he feels that it has a very negative influence on El Salvador and Guatemala. He said that the United States would continue its arms shipments to El Salvador, and emphasized that the United States' 350 million dollar programme for the Caribbean was a serious endeavour.

Mr Shultz brought up the topic of Namibia; he said that the Cubans would have to leave Angola, and that when Nujoma and his forces were established in Namibia, and after the South Africans had left, Angola would dismiss the Cubans.



I gained the impression that Mr Shultz will have considerable influence on U.S. policy on the Middle East. He showed great understanding of the rights of the Palestinians and said that stronger influence should be brought to bear on Israel. However, he was not thinking in terms of direct talks or of recognition for the PLO, but his objective was to integrate Jordan and Saudi-Arabia into the Middle East process while ensuring the participation of Egypt. I voiced strong support for this position.

We were in agreement that Somalia needs assistance if it is not to fall back under Soviet influence, and Mr Shultz told me that the United States is currently supplying weapons to that country.

In California I also met with Prime Minister Lee Kuan Yew, who gave me an impressive view of the situation in Asia. Lee believes that the imbalanced treaties between the Soviet Union and China will continue to prevent rapprochement between Peking and Moscow. He foresees slower development in China and expects that it will take that country about 60 years, or 3 generations, to achieve the industrial standard Japan enjoys today. However, he has no doubts whatsoever that China will eventually reach such a state of development.

In the presence of Mr Shultz and Dr Kissinger, Prime Minister Lee emphasized that the American Administration must be more careful to allow the Chinese leadership to save face, but that this need not impair the substance of American positions. For Peking, the Soviet presence and influence in Vietnam and Cambodia continued to be unacceptable. It would continue to support actively the re-establishment of the former States in Indochina, with governments that are as independent as possible.

During our meeting in Ottawa, I informed Prime Minister Trudeau of the impressions I had gained in California. Apart from that we concentrated essentially on bilateral topics.

Yours sincerely,  
(sgd.) Helmut Schmidt